Landtag von Sachsen-Anhalt

Drucksache 7/2214
14.12.2017

Antrag

Fraktionen CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Präventive Maßnahmen gegen die Afrikanische Schweinepest verstärken

Der Landtag begrüßt die bereits ergriffenen Maßnahmen des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft und Energie zur Prävention der Afrikanischen Schweinepest.

Die Landesregierung wird gebeten, die präventiven Maßnahmen gegen eine mögliche Einschleppung und Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest zu verstärken.

Dazu gehören insbesondere:

1. die Aufklärung der Bevölkerung über die Verbreitungswege des Virus sowie die Ermittlung von Maßnahmen mit dem Ziel, das Einführen von Fleisch- und Wursterzeugnissen durch Privatpersonen aus Ländern, welche bereits von der Afrikanischen Schweinepest betroffen sind, zu verhindern.

2. die Klärung, welche Maßnahmen erforderlich und geeignet zugleich sind, um die Empfehlungen des Friederich-Löffler-Instituts hinsichtlich der erforderlichen Reduzierung des Wildschweinbestandes in Sachsen-Anhalt umzusetzen. Dafür ist die Einführung von Abschussprämien sowie die für Einzelfälle zeitlich befristete Genehmigung für Nachtziel-Vorsatzgeräte mit Adapter am Objektiv von Zielfernrohren und die Genehmigung der Benutzung von Schalldämpfern zu prüfen.

3. die Klärung, wie die Empfehlungen des Friedrich-Löffler-Instituts (Qualitative Risikobewertung, Stand Juli 2017) hinsichtlich der Wildschweinbeobachtung mit unverzüglicher Meldung von Auffälligkeiten, wie Zunahme von Fallwildzahlen und unverzüglicher Untersuchung von befallenen oder kranken Tieren in Sachsen-Anhalt umgesetzt werden sollen.

4. die Überprüfung und Kontrolle der Hygieneregeln für Tiertransporte hinsichtlich der Frage, ob diese zur Prävention und Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest ausreichend sind.

(Ausgegeben am 14.12.2017)

In den Ausschüssen für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie für Arbeit, Soziales und Integration soll über die Aktivitäten der Landesregierung sowie über die aktuelle Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest in Europa berichtet werden.

Begründung

Die Afrikanische Schweinepest (ASP) breitet sich in den Wildschweinbeständen der betroffenen Regionen in Osteuropa immer weiter aus (Polen, Baltikum, Moldawien und Ukraine). Auch Hausschweinebestände stecken sich immer wieder an. In Europa kommt die Afrikanische Schweinpest auch auf der italienischen Insel Sardinien vor. Zahlreiche Nicht-EU-Länder sind betroffen, u. a. Weißrussland, Russische Föderation, Ukraine, Georgien, Armenien, Aserbaidschan und verschiedene afrikanische Staaten.

Am 27. Juni 2017 wurde der Ausbruch der ASP bei Wildschweinen in Tschechien beim internationalen Tierseuchenamt (OIE) gemeldet. Die Ursache des Ausbruchs ist bisher nicht bekannt. Die ASP hat sich damit ca. 400 km nach Westen ausgebreitet und ist nur noch ca. 300 km von Deutschland entfernt. Das Friedrich-Löffler-Institut (FLI) bewertet das Risiko einer Einschleppung der Afrikanischen Schweinepest nach Deutschland insgesamt als hoch und ruft zur erhöhten Wachsamkeit auf.

Die meisten Ausbrüche der Schweinepest sind in europäischen Ländern auf die Verschleppung des Virus in Speiseabfällen im Reiseverkehr zurückzuführen. Ein besonderes Risiko besteht in Sachsen-Anhalt entlang dem Fernstraßennetz, wobei die BAB 2, aber auch die BAB 9 hier eine exponierte Stellung einnehmen.
Auch durch unkontrolliert aus dem Ausland eingeführte Fleisch- und Wursterzeugnisse aus Ländern, in denen Schweinepest auftritt, geht ein erhöhtes Risiko aus. Dies beinhaltet z. B. auch den Import von Schinken und Salami. Entsprechende Produkte sollten daher aus betroffenen Ländern von Touristen grundsätzlich nicht mit nach Deutschland gebracht werden. Über diese und weitere Gefährdungspotenziale sowie vorbeugende Maßnahmen der Nutztierhalter und Jäger soll eine verstärkte Aufklärungskampagne erfolgen, welche durch den Landtag parlamentarisch begleitet wird.

Mit der gezielten Reduzierung der Wildschweinbestände soll erreicht werden, dass bei Auftreten der Afrikanischen Schweinepest das Gefährdungspotenzial für Wild- und Hausschweine deutlich reduziert wird. Dazu sind Anreize und Erleichterungen für die Jägerschaft zu schaffen, welche eine effiziente Reduzierung des Bestands an Wildschweinen ermöglichen.

Siegfried Borgwardt
Fraktionsvorsitzender CDU

Dr. Katja Pähle
Fraktionsvorsitzende SPD

Cornelia Lüddemann
Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN